

Finanzierung einer Rentenreform – zu teuer? I wo!

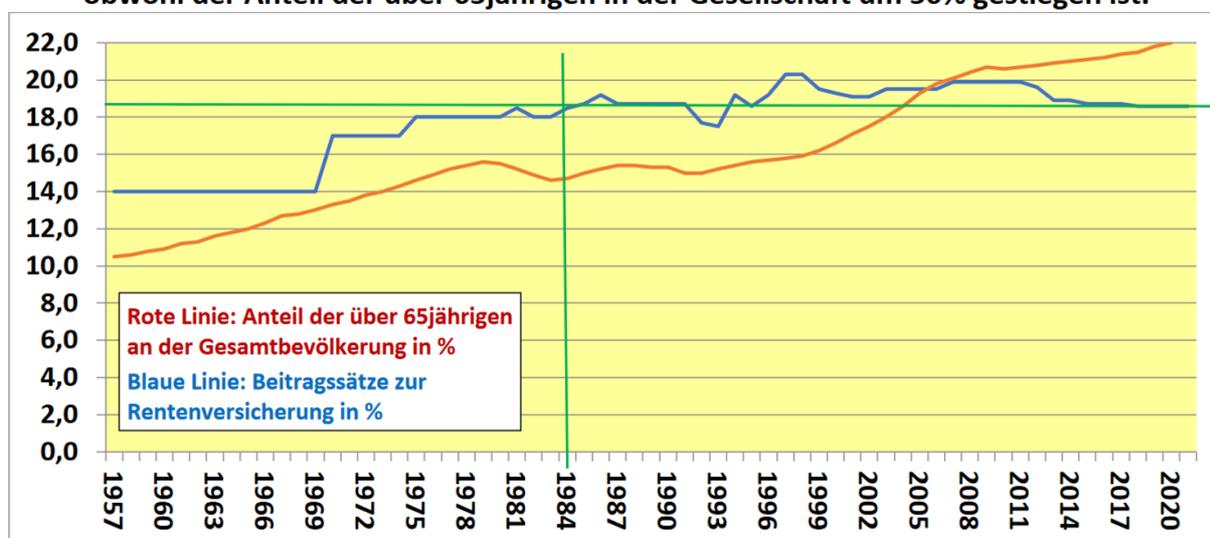
„Die Alten plündern die Jungen aus!“ Mit dieser haltlosen Propaganda wird seit über 30 Jahren das umlagefinanzierte Rentensystem madig gemacht. Banal und richtig ist: Sozialsysteme kosten Geld und gute Sozialsysteme kosten mehr Geld. Richtig ist auch: die arbeitenden Generationen haben schon immer für die Alten und für die ganz Jungen gesorgt. Das ist so, seit es Menschen gibt.

Seit vielen Jahrhunderten gibt es medizinische, ökonomische und kulturelle Fortschritte, die uns gesünder und länger leben lassen. Die es auch ermöglichen, dass die arbeitenden Jahrgänge mehr abgeben können für die Erziehung und Ausbildung der Jungen und für eine gute Altersversorgung.

Aber seit über 30 Jahren wird behauptet, die Sozialsysteme seien zu teuer. Die Kosten müssten gesenkt werden und das ginge am besten über Privatvorsorge und Privatisierung der sozialen Einrichtungen. Bei der Rente seien die Kapitalmärkte verlässlicher als das Umlageverfahren.

Reale Daten zeigen die Verlogenheit der Behauptung „die Alten plündern die Jungen aus“

Der Beitragssatz (die Kosten) ist mit 18,6% auf den Stand von vor 35 Jahren gesunken, obwohl der Anteil der über 65jährigen in der Gesellschaft um 50% gestiegen ist.



Quellen: Beitragssätze: DRV-Zeitreihen; Bevölkerungsanteile: destatis - Fortschreibung des Bevölkerungsstandes; eigene Grafik

Das ist pure Ideologie, die durch zwei vollständige Zusammenbrüche der kapitalbasierten Rentensysteme im letzten Jahrhundert schmerzlich widerlegt wurde. Als Konsequenz aus diesen Zusammenbrüchen wurde die Rentenreform 1957 beschlossen. Die wurde wissenschaftlich begründet und schuf ein Rentensystem, das auf direkte Umlage von Lohngeldern in die Rentenkasse und die Kopplung der Renten an die Lohnentwicklung hinauslief.

Die wissenschaftliche Untermauerung dieser Reform lieferte u.a. **Gerhard Mackenroth**:

„Nun gilt der einfache und klare Satz, daß aller Sozialaufwand immer aus dem Volkseinkommen der laufenden Periode gedeckt werden muß.

Es gibt gar keine andere Quelle und hat nie eine andere Quelle gegeben, aus der Sozialaufwand fließen könnte, es gibt keine Ansammlung von Periode zu Periode, kein ‚Sparen‘ im privatwirtschaftlichen Sinne, es gibt einfach gar nichts anderes als das laufende Volkseinkommen als Quelle für den Sozialaufwand ...

*Kapitalansammlungsverfahren und Umlageverfahren sind also der Sache nach gar nicht wesentlich verschieden **Volkswirtschaftlich gibt es immer nur ein Umlageverfahren.**“(Mackenroth-Theorem; 1952)*

Diese Erkenntnis ist bis heute in der Wissenschaft unbestritten. Sie bedeutet, dass die Gesellschaft (das Volk) immer entscheiden muss, ob und in welchem Umfang sie Mittel für die Versorgung der Kinder und der Rentner aufbringen will.

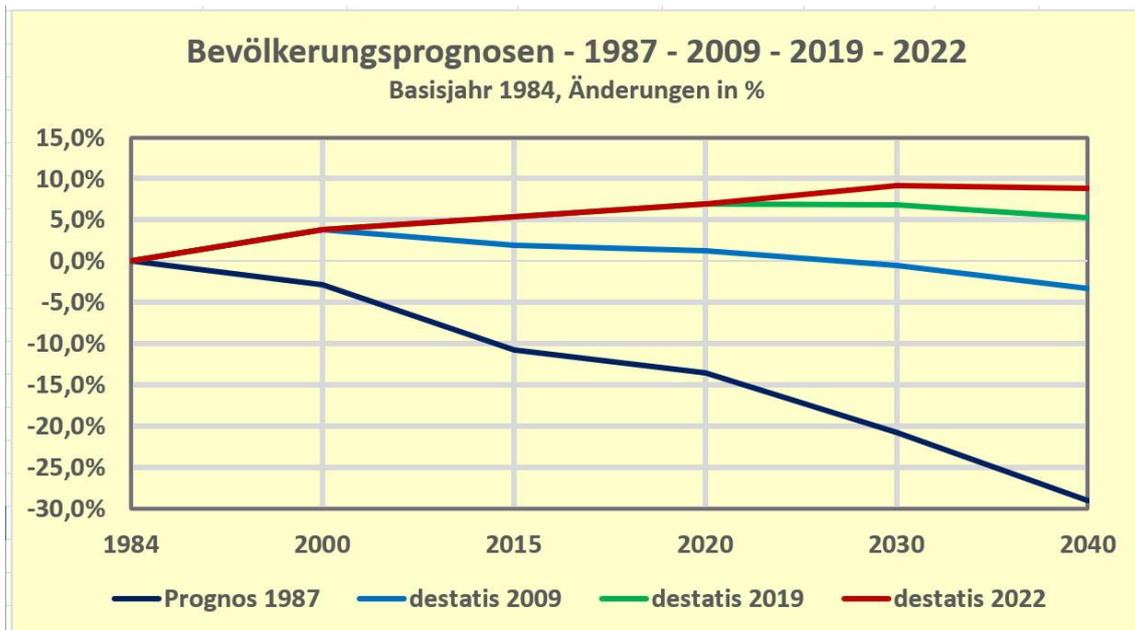
Bei der Umlagefinanzierung der Rente ist der Zusammenhang der direkten Umverteilung deutlich.

Bei der **Finanzierung aus kapitalisierten Sparbeträgen** wirkt es, jedoch schwieriger durchschaubar, genau so: Wenn das von den Finanzkonzernen gehaltene Renten-Sparvermögen nicht von den jeweils Arbeitenden durch eigenes Sparen werthaltig gehalten wird, dann verliert es an Wert. Gesamtwirtschaftlich bedeutet das Sparen der Arbeitenden ja ein Abgeben, ein Konsumverzicht, der den Konsum der „Privat“-Rentner ermöglicht. Passiert das nicht, werden die privaten Renten sinken. Hinzu kommen noch die Kapriolen an den Finanzmärkten. Das ist seit geraumer Zeit deutlich zu sehen. Bei Riester-Verträgen zum Beispiel wird Spargeld regelrecht verbrannt.

Die Umlagefinanzierung kann durch klare Regeln (Gesetze) verlässlich und nachhaltig gestaltet werden. Die Renten aus Kapitalerträgen sind demgegenüber sehr unsicher, ja sie können auch vollständig entwertet werden durch Krisen, Kriege und Konzernzusammenbrüche. Die angekündigte Aktienrente ist einfach nur ein Abenteuerprojekt, das nicht ein Problem der Rentenversicherung löst.

Babyboomer lassen die Kosten explodieren? Das ist völliger Unfug!

Die Erzählung von der **demografischen Katastrophe** wird seit über 30 Jahren aufgebaut. Die verwendeten Prognosen haben sich durchgängig als falsch herausgestellt. In der Grafik dargestellt ist die PROGROS-Prognose von 1987, die als Mutter der Demografie-Katastrophen-Behauptungen angesehen werden kann. PROGROS berechnete daraus einen notwendigen Rentenversicherungsbeitrag von 40% im Jahr 2030 und setzte damit die politischen Entscheidungsträger in Wallung.

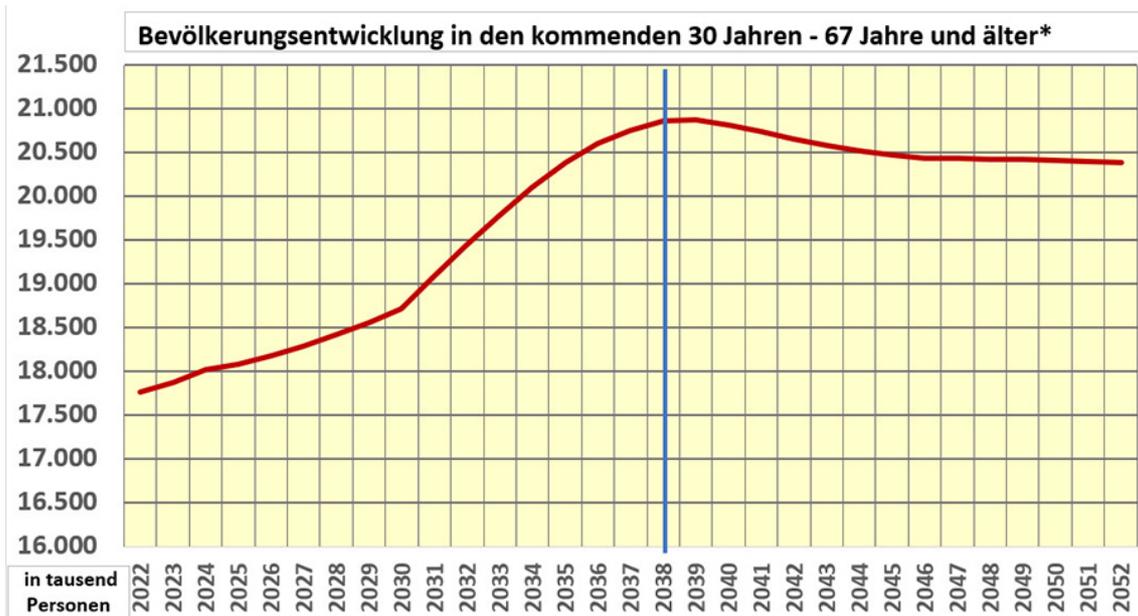


Im Vergleich dazu die 12., die 14. und die 15. Bevölkerungsvorausberechnung von destatis. Die Prognosefehler sind unglaublich hoch. Schon die 10 Jahre zwischen der 12. und der 14. Prognose zeigen für 2020 einen Vorhersagefehler von 4,5 Millionen Einwohnern auf. Die PROGROS-Vorhersage von 1987 weist für 2020 einen Fehler von 17 Millionen auf. Im Jahr 2030 wird die Abweichung bei 23 Millionen und 2040 auf sage und schreibe 30 Millionen Menschen angestiegen sein.

Obwohl die Bevölkerungsprognosen ständig nach oben korrigiert wurden, blieb die Erzählung von: wir sterben aus, die Renten sind von den immer weniger werdenden Beitragszahlern nicht mehr tragbar, bis zum heutigen Tag wiederholte Propaganda. Eine Korrektur der Gesetze im Sinne einer Fehlerbereinigung wurde nie in Erwägung gezogen. Im Gegenteil:

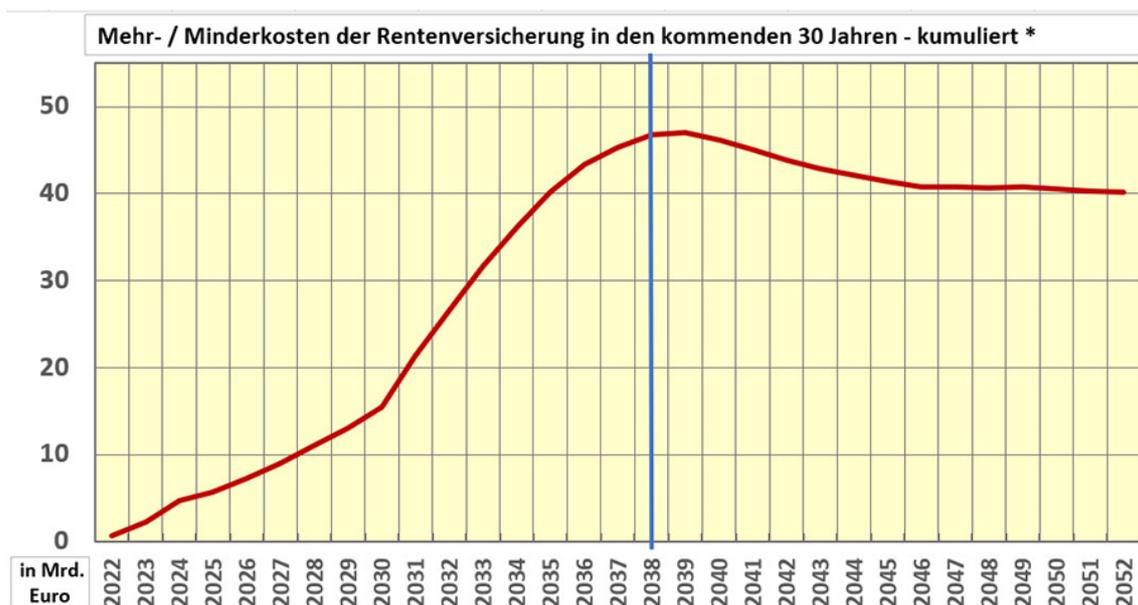
Denn nun kommen sie, die Babyboomer gehen in Rente ... und damit einher die andauernden Cassandra-Rufe, die Rentenversicherung kollabiere bzw. die Beiträge würden explodieren. Nichts von dem stimmt. Im Gegenteil wird das Kosten-„Problem“ der geburtenstarken Jahrgänge, die ab jetzt bis 2038 in Rente gehen, mit jeder neuen Bevölkerungsvorausberechnung immer kleiner.

Die 15. Bevölkerungsvorausberechnung aus dem Dezember 2022 ergibt folgendes Bild: Bis zum Jahr 2038 nimmt die Zahl der zu versorgenden Älteren Jahr für Jahr zu. Nach 2038 nimmt ihre Zahl wieder ab! In den kommenden 15 Jahren steigt die Zahl der Menschen über der Regelaltersgrenze von 17,9 Millionen auf 20,9 Millionen. Das sind pro Jahr im Durchschnitt 200.000 Menschen mehr. Zehn Jahre später, im Jahr 2048, ist die Zahl auf 20,4 Millionen gesunken. Das sind im Durchschnitt pro Jahr 50.000 weniger. Über den langen Zeitraum betrachtet, wirken die Änderungen sehr moderat.



* Quelle: 15. Bevölkerungsvorausberechnung, Variante 2, destatis 2022, - 2022: 65Jahre und 10 Monate aufsteigend bis 2030 auf 67 Jahre

Die daraus folgenden Kostenbelastung sind überschaubar und haben so gar nichts von einer Explosion. Bis zum Jahr 2038 müssen für die Rentnerinnen und Rentner im Durchschnitt 3,1 Milliarden Euro pro Jahr mehr aufgewendet werden. Im Jahr 2038 sind es dann rund 47 Milliarden Euro mehr im Vergleich zu heute. Nach 2038 sinkt der Aufwand für die Altersversorgung wieder. Im Jahr 2048 betragen die Mehrkosten gegenüber heute dann 40,7 Milliarden Euro.



* Quelle: 15. Bevölkerungsvorausberechnung, Variante 2, destatis 2022, - DRV 2021: Alters- u. Hinterbliebenenrenten gesamt 290 Mrd. Euro

Um ein Gefühl für die Größenordnungen zu bekommen: Gegenwärtig bringt ein Prozentpunkt Rentenversicherungsbeitrag 17 Milliarden Euro mehr in die Rentenkasse. Für die Mehrkosten von 47 Mrd. € wären also 2,8% Beitragserhöhung ausreichend. Gleichmäßig verteilt über die nächsten 15 Jahre wären das 0,19% pro Jahr. Bei der paritätischen Finanzierung wäre das eine Minderung der Lohnerhöhungen um weniger als 0,1%. Das soll ein Problem sein? (Die Rechnung basiert auf DRV-Zahlen 2021 – Finanzierung der Mehrkosten durch Babyboomer und Rentenreform s. Seiten 14/15)

Zentrale Bedeutung von Produktivitätssteigerungen wird ausgeklammert

Die Belastung durch die demografische Entwicklung wird völlig übertrieben. Selbst wenn die Prognosen stimmen würden, wäre das kein Problem. **Die Steigerung der Produktivität in der Wirtschaft macht das möglich.** Die Geschichte zeigt das auch eindrucksvoll. Im Jahr 1900 kamen auf einen Rentner 12 Menschen im erwerbsfähigen Alter. 1950 war das Verhältnis 1 zu 7, im Jahr 2000 betrug es 1 zu 4. Das alles passierte, ohne dass die Sozialsysteme zusammenbrachen. Im Gegenteil der Lebensstandard aller Generationen wuchs in historisch nie dagewesenen Dimensionen.

Steigende Produktivität ist die Quelle für Umverteilungsspielräume. Einzige Bedingung dazu ist, dass die Produktivitätszuwächse in realen Lohnerhöhungen an die abhängig Beschäftigten weitergegeben werden. Die mittelfristigen Schätzungen der Bundesregierung gehen von 1,5% Produktivitätssteigerung je Erwerbstätigenstunde aus. Steigen die Reallöhne entsprechend um 1,5%, könnten ohne spürbare Einschränkungen 0,2% für die Erhöhung der Rentenversicherungsbeiträge weitergegeben werden

Die Reallöhne würden dann um 1.3% ansteigen und die 0,2% würden zur Finanzierung der Altersversorgung beitragen. Passiert das fortlaufend die nächsten 17 Jahre, würde der Beitragssatz zur Rentenversicherung auf 25,2% steigen und brächten dort 112 Milliarden Euro an Mehreinnahmen. Das reale Einkommen der Beitragszahler*innen würde trotz der höheren Beiträge um 24% steigen.

Die Produktivitätsentwicklung macht es möglich: Jährliche Reallohnsteigerungen von zum Beispiel 1,5% bringt enorme Verteilungsspielräume - eine Gegenüberstellung												
Beitrag bleibt konstant bei 18,6 %						Beitrag wird jährlich um 0,4% erhöht (0,2% mehr Abzug vom Bruttolohn)						
Bruttoentgelt heute		Produktivität	RV-Beitrag			Anteil abgegeben		verbleiben für Erhöhung				
3.500 €		1,50%	18,6%			0,20%		1,30%				
Bruttoentgelt		RV-Abzug	verbleiben	+ zu 2021	in %	Bruttoentgelt		RV-Abzug	Beitrag	verbleiben	+ zu 2021	in %
2023	3.500 €	326 €	3.175 €			3.500 €	326 €	18,6%	3.175 €			
2025	3.606 €	335 €	3.270 €	96 €	3,0%	3.592 €	350 €	19,4%	3.256 €	82 €	2,6%	
2030	3.884 €	361 €	3.523 €	349 €	11,0%	3.831 €	415 €	21,3%	3.470 €	295 €	9,3%	
2035	4.185 €	389 €	3.795 €	621 €	19,6%	4.087 €	487 €	23,3%	3.698 €	523 €	16,5%	
2040	4.508 €	419 €	4.089 €	914 €	28,8%	4.359 €	568 €	25,2%	3.940 €	766 €	24,1%	

Selbst eine durchschnittliche Produktivität von unter 1% ließe noch große Verteilungsspielräume.

Rentenreformen und Babyboomer-Renten sind finanzierbar.

Die Lösung der beiden Aufgaben, Finanzierung der Rentenreformen und der Babyboomer-Renten, erfordern erhebliche Mittel. Die Babyboom-Jahrgänge werden die Rentenausgaben um ca. 16% erhöhen, die Rentenreform für lebensstandarterhaltende Renten noch einmal um ca. 50%. Das ist vor allem eine gesellschaftspolitisch zu beantwortende Frage und erst in zweiter Linie eine ökonomische.

Zu den Zahlen: Die zusätzlichen Rentenausgaben für die oben skizzierte Rentenreform und die geburtenstarken Jahrgänge würden sich auf insgesamt ca. 190 Milliarden Euro im Jahre 2040 belaufen. Das wäre eine Ausgabensteigerung von 66% gegenüber dem Stand heute. Zusammen würden dann im Jahr ca. 13,3% (mit der heutigen Beamtenversorgung 15,3%) des Bruttoinlandprodukts für die Altersversorgung ausgegeben. Heute sind das 8,3% (10,3%).

Aus welchen Finanzierungsquellen könnten die 190 Milliarden Euro gedeckt werden?

1. Als erstes müsste der Staat die **nicht beitragsgedeckten Rentenleistungen**, die von der Deutschen Rentenversicherung (DRV) quasi verauslagt werden, **vollständig bezahlen**. Das passiert aber nur teilweise und gegenwärtig beträgt die Deckungslücke gewaltige 37 Milliarden Euro. Bei einer Steigerung um 66% würde die Summe auf 61 Milliarden Euro anwachsen.

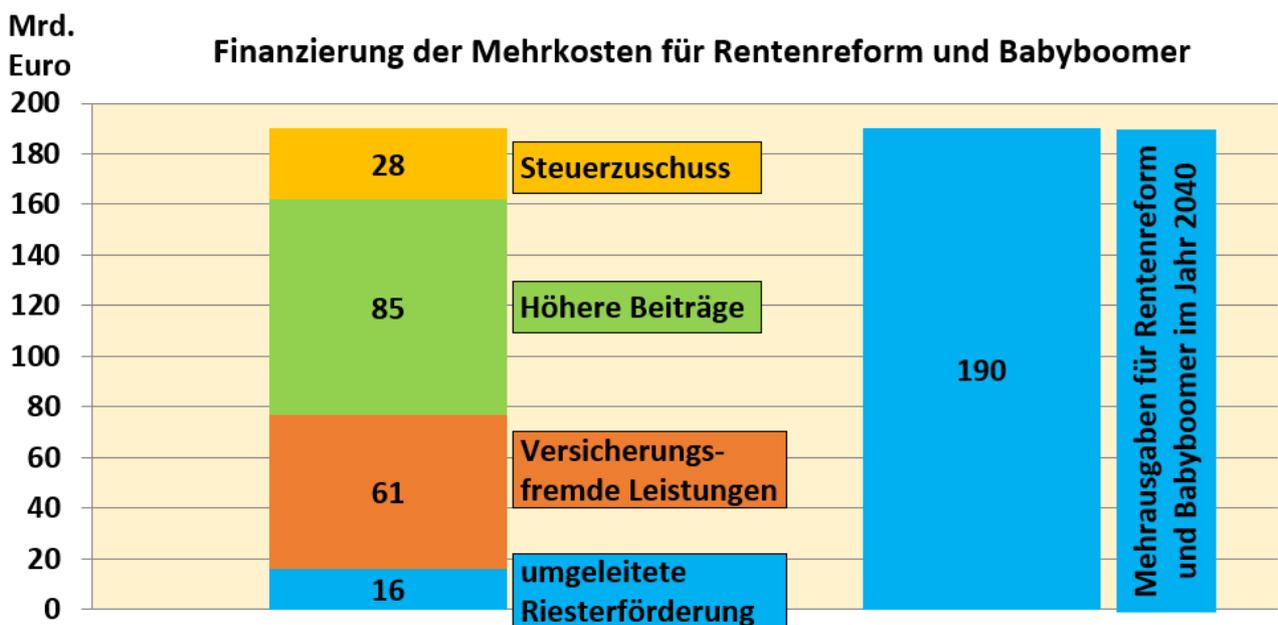
2. Als zweites müsste der Staat die **Förderung der privaten Altersvorsorge einstellen** und die Fördergelder der gesetzlichen Rentenversicherung zur Verfügung stellen. Die Förderung beträgt gegenwärtig 4 Milliarden Euro pro Jahr. Politische Absicht des Gesetzgebers war 2001, dass alle abhängig Beschäftigten privat vorsorgen. Wäre das geschehen, müsste der Staat etwa 16 Milliarden Euro ausgeben. Diese Summe sollte er in Zukunft für die Förderung der öffentlichen Rentenversicherung auf die Konten der DRV lenken.

3. Als dritte, und bedeutendste Quelle, müssten **die Rentenversicherungsbeiträge steigen**. Eine Beitragserhöhung um einen Prozentpunkt bringt der DRV 17 Milliarden Euro. Würde der Beitrag um 5% auf 23,6% steigen, brächte das eine Mehreinnahme von 85 Milliarden Euro (5 (%) x 17 Mrd. €). Wie diese Beitragssteigerung geleistet werden kann, ohne dass die jüngeren Generationen spürbar verzichten müssten, erklärt sich aus der Produktivitätsentwicklung (siehe Seite 15).

4. Als viertes müsste dann der Staat die bleibende **Finanzierungslücke aus Steuermitteln schließen**. Das wäre nach den Beträgen unter 1. bis 3. Eine Summe von 28 Milliarden Euro.

Über diese Finanzquellen hinaus gibt es noch drei wesentliche politisch beeinflussbare Faktoren:

- a. **Höhere Beschäftigungsquoten** durch Einbeziehung von mehr Frauen, Migrant*innen und Arbeitslose.
- b. **Höhere Beitragsquoten** durch Erhöhung des Mindestlohns, Beseitigung prekärer Beschäftigungsverhältnisse und Beitragspflicht für alle Einkommen ohne Begrenzung nach unten und oben.
- c. **Einführung einer Erwerbstätigenversicherung**, in die alle Erwerbstätigen einzahlen, vor allem auch die mit höheren Einkommen.



Der Faktor, der diese gewaltigen Summen beherrschbar macht, ist die Zeit. Der Mehraufwand von 190 Milliarden Euro müsste über 17 Jahre ansteigend erbracht werden. Bei gleichmäßiger Verteilung wäre das eine Steigerung von 11 Milliarden Euro pro Jahr. Die versicherungsfremden Leistungen und die umgeleitete Riesterförderung sollten natürlich so schnell wie möglich wirksam werden. Damit könnte dann die Rentenreform, die zu lebensstandardsichernden Renten führt, in einem relativ kurzen Zeitraum umgesetzt werden. Möglicherweise in weniger als 10 Jahren.

Die obige Rechnung soll veranschaulichen, dass die großen Herausforderungen der umlagefinanzierten Rente beherrschbar sind. Gerade die am Ende aufgeführten Faktoren sind schwer im Voraus zu bewerten, sie könnten aber erhebliche Mittel generieren, die wiederum andere Faktoren, z.B. Beiträge, entlasten könnten. Die Staatsfinanzen wären automatisch weniger belastet, weil höhere Renten weniger Sozialleistungen erfordern und die Steuereinnahmen steigen würden.